

Aengeneyndt, Wolf; Jochimsen, Reimut; Thoben, Christa; Klemmer, Paul

Article — Digitized Version

Ein Wirtschaftsprogramm für das Ruhrgebiet

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Aengeneyndt, Wolf; Jochimsen, Reimut; Thoben, Christa; Klemmer, Paul (1985) : Ein Wirtschaftsprogramm für das Ruhrgebiet, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 3, pp. 111-122

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136017>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Wirtschaftsprogramm für das Ruhrgebiet

Ende Januar 1985 haben die sechs Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets ein wirtschaftspolitisches Konzept vorgestellt, das dem Revier neue Wachstumsimpulse geben soll. Wie ist das Konzept zu beurteilen? Könnte es für andere Regionen mit Strukturproblemen richtungsweisend werden?

Wolf Aengeneyndt

Die Vorschläge der Ruhrgebietskammern

Das Ruhrgebiet, in dem seit Jahrzehnten Kohle und Stahl vorherrschten, hat einen gewaltigen Bedarf an Umstrukturierung und Innovation. Der konjunkturelle Aufschwung ist zwar auch hier spürbar. Die strukturellen Probleme der Region werden dadurch vielleicht gemildert, sie bestehen aber trotzdem weiter. Das zeigt sich in einer weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Deren Beseitigung ist das Problem Nr. 1 für alle Beteiligten und Verantwortlichen. Im Februar 1985 waren im Bund 10,5 % und im Land Nordrhein-Westfalen 11,6 % der Arbeitnehmer ohne Arbeit, im Ruhrgebiet waren es 15,1 %. Hinzu kommt – eben wegen dieser Probleme – eine nachlassende Wirtschaftskraft dieser Region sowie eine anhaltende Abwanderungsbewegung.

Das Revier hat jedoch schon einmal, nach der Bergbaukrise der 60er Jahre, bewiesen, daß es aufgrund seines hervorragenden Standortpotentials in der Lage ist, auch schwierige Herausforderungen zu meistern und mit den Folgen einer Strukturkrise fertig zu werden. Dieses Standortpotential besteht vor allem in der ausgezeichneten geographischen Lage, der exzel-

lenten Infrastruktur, dem Markt- und Kundenpotential mit dem Gewicht von über 5 Mill. Einwohnern, der Nähe zu anderen bedeutenden Märkten in Europa, der Eigenschaft als Energiezentrum ersten Ranges, in Leistungswillen und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, in der Vielzahl und in der zukunftsträchtigen Mischung der hier ansässigen Industrie-, Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsunternehmen. Das Ruhrgebiet gehört beispielsweise zu den bedeutendsten Standorten des Anlagenbaus. Dieser Bereich stellt ein Wachstumspotential für die Zukunft dar. Der Standort Ruhrgebiet bietet gute Chancen dafür, die strukturellen Anpassungsprozesse zu bewältigen, wenn sich alle darin einig sind, daß dies geschehen muß, und wenn dabei alle mithelfen.

Grundgedanken

Vor diesem Hintergrund haben die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes – Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Hagen und Münster – anläßlich ihrer gemeinsamen Vollversammlung am 22. Januar 1985 ihre Überlegungen zur Verbesserung der Lage des Ruhrgebiets der Öffentlichkeit vorge-

stellt. Die wesentlichen Grundgedanken dazu in Kürze:

Im Mittelpunkt steht für die Kammern die Feststellung, daß es zum Strukturwandel keine Alternative gibt und daß deshalb die Akzeptanz des Strukturwandels in allen Bereichen und auf allen Ebenen die erste Voraussetzung ist. Wenn das von allen verstanden wurde, dann muß man begreifen, daß es ohne Investitionen nicht vorwärtsgehen kann. Deshalb kommt alles darauf an, das Ruhrgebiet für Investitionen, insbesondere private Investitionen, attraktiver zu machen und solche zu erleichtern.

Investitionen für die Innovation erfordern neben wagemutigen Unternehmern, die auch entsprechende Erfolge erwarten müssen, verfügbares Kapital und verfügbare Standorte. Dagegen bestehen ganz spezifische Entwicklungshemmnisse im Ruhrgebiet beispielsweise in der Gemengelage von Industrie und Wohnbereich, in den planungsbedingten Erschwernissen zur Befriedigung des Flächenbedarfs und in der einschnürenden Umweltsituation. Dies engt den Handlungsspielraum der Unternehmen entscheidend ein, bringt außergewöhnliche

Kostenbelastungen mit sich und führt zu extremen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Regionen. Hier muß man den Hebel ansetzen und diese Engpässe durch ein konsistentes Bündel von Maßnahmen beseitigen.

Konkrete Kooperation

Diese Aufgabe ist nur bei einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten zu bewältigen. Die Kammern regen deshalb für das Ruhrgebiet eine konkrete Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft an, zeitlich auf die spezielle Aufgabe und das Ziel hin befristet, jedoch als verbindliche Institution. Nicht Subventionen, sondern Eigenleistungen und Initiativen der Wirtschaft, flankiert durch öffentliche Maßnahmen und Entscheidungen, sind der richtige Weg.

Im Rahmen einer solchen Kooperation schlagen die Kammern vor:

- Die Gründung einer privaten „Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes“ durch die Wirtschaft,
- als Instrument für die Bewältigung der Zukunft den Auf- und Ausbau einer „Technologiestraße Ruhr“ und
- eine dazugehörige begleitende öffentliche politische Rahmenkonzeption.

Privatinitiative der Wirtschaft

Eine von Industrie- und Handelskammern, Banken und Unternehmen gegründete Gesellschaft soll Bewegung in die Investitionslandschaft im Ruhrgebiet bringen. Sie soll Investoren gewinnen, sie in Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsfragen beraten, ihnen bei der Standortfindung behilflich sein und daneben auch tragfähige Betriebsverlagerungskonzepte für Unternehmen erarbeiten, die aufgrund planungsrechtlicher Gegebenheiten

in ihrer Investitionstätigkeit gehindert sind. Darüber hinaus soll sie bestimmte Finanzierungsfunktionen übernehmen.

Diese private Initiative der Wirtschaft soll zur Initialzündung für einen neuen Investitionsschub im Ruhrgebiet werden, der aber nur durch ein wirksames öffentliches Rahmenkonzept mit flankierenden staatlichen Maßnahmen und Entscheidungen erreicht werden kann. Dazu gehören, um nur ein Beispiel zu nennen, ein vom Land für diese Region zu schaffender Bürgschaftsrahmen für die Finanzierung von Investitionsmitteln, die Übernahme eines Teils der unrentierlichen Kosten bei Betriebsverlagerungen, die im öffentlichen Interesse liegen, seitens des Landes und der Gemeinden, wie es bis vor einigen Jahren schon einmal der Fall war.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Wolf Aengeneyndt, 63, ist Präsident der niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Weisel-Kleve zu Duisburg.

Prof. Dr. Reimut Jochimsen, 51, ist Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Christa Thoben ist wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf.

Prof. Dr. Paul Klemmer, 49, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre am Seminar für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ruhr-Universität Bochum.

Hinzu kommen muß die Aufbereitung von altindustriellen Flächen, die angesichts einengender bundes- und landespolitischer Freiraumkonzeptionen nahezu die einzige Möglichkeit für Entwicklung darstellen. Ihre Wiederaufbereitung ist Schaffung von Infrastruktur und erfordert öffentliche Mittel, die den Rahmen des Landesbodenfonds in seiner gegenwärtigen Form sprengen.

Die Kassen der öffentlichen Haushalte sind leer. Es gibt aber ohne Zweifel noch Mittel, die man dazu zur Verfügung stellen kann, wenn man sicherstellt, daß hier keine Subventionen vorhandener Strukturen stattfinden, sondern einfach die öffentlichen Voraussetzungen für einen Strukturwandel in einem weitgehend vorgeprägten und vorbelasteten Gebiet wie dem Ruhrgebiet geschaffen werden.

Die Großunternehmen im Ruhrgebiet sind aufgerufen, bei der Veräußerung des nicht mehr für betriebliche Zwecke benötigten Grundbesitzes mit diesen Flächen in Kooperation mit der Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes Verlagerungen, Neuansiedlungen und Umstrukturierungen zu erleichtern und Grundstücke zu zielgerechten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, was im übrigen heute bereits geschieht.

Investitionshemmnisse

Weitere Schwerpunkte der Vorschläge betreffen die Bereiche Planung und Umweltschutz. Das Planungsrecht ist vielfach zu kompliziert, die Planungsträger handeln oftmals ohne Abstimmung, die Befriedigung des Flächenbedarfs für wirtschaftliche Aktivitäten scheitert häufig an planungsbedingten Erschwernissen, die Landesplanung wird zunehmend handlungsunfähig, und die Freiraumplanung erhält ein unangemessenes Übergewicht

gegenüber der wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Daher erfordern die notwendige Erneuerung des Ruhrgebietes und die dazu erforderlichen Umstrukturierungsinvestitionen eine Reihe von Verbesserungen, z. B. auch im Bundesbaugesetz, zur Überwindung von Genehmigungsschwierigkeiten für Erweiterungs- und Umstellungsinvestitionen an altindustriellen Standorten und zur Erleichterung der Genehmigung neuer Nutzungsmöglichkeiten auf größeren Altindustrieflächen. Zur Realisierung landesplanerisch bedeutsamer Großvorhaben sind Elemente eines neuen Raumordnungsverfahrens zu konzipieren und durchzusetzen.

Als Belastungsregion ist das Ruhrgebiet zudem von Umweltschutzanforderungen besonders betroffen, die in vielen Fällen investitionshemmend wirken. Hier im Revier weiß man, was Umweltschutz bedeutet. Er findet hier seit langen Jahren und mit Erfolg statt. Gerade deshalb aber sollte man vermeidbare Entwicklungshemmnisse auf diesem Feld – und das ohne Beeinträchtigung berechtigter Umweltschutzbelange – beseitigen, um überhaupt Freiräume zu gewinnen. Entgegen der bisherigen einseitigen Praxis müssen alle Emittentengruppen zu Verbesserungsmaßnahmen herangezogen werden, natürlich auch Verkehr und Hausbrand. Darüber hinaus ist das Dickicht von nur reglementierenden Auflagen durch den Einsatz flexiblerer marktwirtschaftsgerechter Instrumente im Umweltschutz zu ergänzen. Überziehungen beim Umweltschutz treffen das Ruhrgebiet weitaus empfindlicher als jede andere Region.

Im Bereich der Steuerpolitik schlagen die Kammern vor dem Hintergrund der besonderen Belastungen und den an das Ruhrgebiet gestellten gesamtwirtschaftlichen

Anforderungen zwei flankierende Maßnahmen vor:

Flankierende Maßnahmen

Zum einen ist die Regelung der Sonderabschreibungen für Umweltschutzanlagen entscheidend zu verbessern, und zum anderen sollten im Ruhrgebiet und den anderen Ballungs- und Belastungsgebieten, die unter einer weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit leiden und in denen, z. B. umweltschutzbedingt, Investitionsaufwendungen höher sind als anderswo, zusätzliche Investitionen durch zusätzliche befristete Sonderabschreibungen angeregt werden.

Unter energiepolitischen Gesichtspunkten kommt es für das Ruhrgebiet entscheidend darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit durch Verfügbarkeit kostengünstiger Energien zu sichern. Dies erfordert eine optimale Mischung der Energieträger, insbesondere Kohle und Kernenergie. Diese Region bleibt darauf angewiesen, daß auch in Zukunft die Braunkohle kostengünstig zur Verfügung steht. Das Lohnniveau im Ruhrgebiet ist traditionell höher als im Bundes- und Landesdurchschnitt. Dieser Kostennachteil würde vollends unerträglich, wenn bisherige Kompensationsmöglichkeiten im Energiekostenbereich aufgegeben würden. Was den Standort für die künftige Großanlage zur Kohleverflüssigung angeht, so ist das Ruhrgebiet dafür prädestiniert. Die politischen Entscheidungen sollten in erster Linie unter volkswirtschaftlichen Aspekten getroffen werden.

Technologiestraße Ruhr

Schlüsselwort für die Erneuerung des Ruhrgebietes ist die technische Innovation. Ohne technischen Fortschritt, ohne neue Technologien kann die Zukunft nicht gemeistert

werden. Die Kammern schlagen daher vor, daß Staat und Wirtschaft gemeinsam eine „Technologiestraße“ ausbauen, die quer durchs Ruhrgebiet verläuft und Wirtschafts- und Forschungszentren dieser Region verbindet. Dies bietet sich um so eher an, als es bereits jetzt zahlreiche Beispiele und Ansätze für Unternehmen mit neuen Technologien, für die Anwendung neuester Verfahren und die Herstellung neuer Produkte sowie zukunftssträchtiger Forschung in Naturwissenschaft und Technik gibt und Universitäten und Forschungsinstitute sich gerade an dieser Route ballen. Entlang der „Technologiestraße Ruhr“ sind diese Ansätze gezielt und systematisch zu stärken, auszubauen und zu erweitern.

Die Kammern sind bereit, sich gemeinsam mit der Landesregierung bei Wirtschaft und Banken dafür einzusetzen, daß ein „Venture-Capital-Fonds Ruhrgebiet“ eingerichtet wird, der entsprechende Unternehmen fördern könnte. Hilfreich wäre ferner, wenn Unternehmen technisches und unternehmerisches Know-how weitergeben könnten und andere, nicht in der bisherigen Unternehmenslinie liegende Entwicklungen in neue Unternehmen, seien es eigene Neugründungen oder fremde, auslagerten. Voraussetzung für das alles ist eine geistige Innovation. Daher muß die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft weiter intensiviert und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte beschleunigt werden.

Das Ruhrgebiet mit seiner klassischen Infrastruktur entspricht weitgehend den Anforderungen der Zukunft. Diese klassische Infrastruktur bedarf aber in verstärktem Maße der Ergänzung und Ausweitung durch Elemente der modernen technischen und technologischen Infrastruktur, insbesondere auf dem

Feld der Informations- und Kommunikationstechnologien. Dem Transport von Information kommt wachsende Bedeutung zu. Sein Ausbau wird zu einem entscheidenden Standortkriterium. Versäumnisse würden sich hier verhängnisvoll auswirken. Im Ruhrgebiet sind besonders viele weltmarktorientierte Unternehmen tätig. Für sie sind alle Möglichkeiten der Informatik lebenswichtig.

Die Zukunft sichern heißt auch, und im Ruhrgebiet vor allem, nicht nur in Sachanlagen zu investieren, sondern mit gleicher Intensität durch Investitionen die Menschen

zu fördern. Die Bewältigung der strukturellen Veränderungen und die technologischen Erfordernisse verlangen eine Anpassung und ständige Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation. Wir müssen neue Ausbildungsberufe schaffen, alte Ausbildungsinhalte überprüfen, erweiterte Einstiegs- und Aufstiegschancen anbieten, für praxisnahe Umschulungsmöglichkeiten sorgen und effektive Weiterbildungsangebote aller Bildungsstufen gestalten. Hier im Revier ist eine Hochschul-dichte erreicht, wie es sie weit und breit nicht noch einmal gibt. Diese Bildungslandschaft muß mehr als

bisher mit der in dieser Region ebenfalls einmaligen wirtschaftlichen Vielfalt verbunden und verknüpft werden. Es sind Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen zu bilden, und diese sind mehr als bisher quantitativ und qualitativ an den Erfordernissen in diesem Raum auszurichten.

Diese Vorschläge der Kammern sollen neue Bewegung in das Ruhrgebiet bringen und auch über diese Region hinaus deutlich machen, daß das Revier dabei ist, sich ein neues Gesicht zu geben und seine Zukunft zu sichern.

Reimut Jochimsen

Vorrang für Modernisierung und Produktinnovation

Die reale wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet straft all diejenigen Lügen, die diese wirtschaftlich-industrielle Kernzone der Bundesrepublik allzu leichtfertig einem vermeintlichen Siechtum preisgegeben haben. Die konjunkturelle Entwicklung der letzten 15 Monate zeigt, daß die Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens und des Reviers nach wie vor ungebrochen ist. Der Anteil Nordrhein-Westfalens am Export-Rekord des vergangenen Jahres belegt zudem, wie gewichtig und unverzichtbar Leistungsbereitschaft und Produkte dieses Landes für Konjunktur und Leistungsfähigkeit der gesamten Bundesrepublik sind.

Um so bedeutsamer ist es aus Sicht der Landesregierung, daß sich die Wirtschaft an Rhein und Ruhr gegen mancherlei Widerstände im regionalen und nationalen Konkurrenzgefüge zusätzlich den Herausforderungen des strukturel-

len Wandels stellt. Seit 1981 können wir auch statistisch demonstrieren, daß in Nordrhein-Westfalen und im Revier verstärkt neue Produkte entwickelt werden, Produkte, deren technologische Komponenten neben der traditionell hohen Fertigungsqualität gute Chancen auf den Märkten der Welt versprechen. Dies gilt für den nur vordergründig traditionellen Montanbereich ebenso wie für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die auch in unmittelbarer Nachbarschaft zu den großen mit Phantasie und Geschick neue, hochmoderne Produktionsfelder entwickelt und aufgebaut haben.

Möglich geworden ist dies vor allem dadurch, daß sich Nordrhein-Westfalen und das Revier ganz wesentlich auf die eigenen Gestaltungs- und Mitwirkungskräfte im weltwirtschaftlichen Wandel besonnen haben. In der Vergangenheit stand die Geschlossenheit des Re-

viere ganz wesentlich für die soziale Gestaltung des technischen und strukturellen Wandels, wenn ich nur an die Bewältigung der ersten Bergbaukrise nach dem Wiederaufbau erinnere. Heute steht die Geschlossenheit des Reviers für die gemeinsamen Anstrengungen und den gemeinsamen Willen, dieses traditionelle wirtschaftliche Zentrum in seiner ganzen räumlichen Vielfalt und in seiner gesamten wirtschaftlichen Leistungskraft auf die Märkte der Zukunft auszurichten.

Strukturelle Herausforderungen

Keine Branche steht dabei im Bewußtsein des Reviers abseits: Weder der Bergbau, dessen Abbau- und Aufbereitungsverfahren zu den modernsten der Welt zählen, noch die Stahlindustrie, die z. B. auf dem Gebiet der Oberflächenveredelung weltweit Maßstäbe setzt. Wenn bei Thyssen heute kein einziges Produkt von seiner Zusammensetzung

und seinen Eigenschaften her identisch ist mit den Produkten, die dieser Konzern noch vor zehn Jahren weltweit abgesetzt hat, dann zeigt dies das Ausmaß des technischen Wandels, der sich quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den Betrieben vollzogen hat und weiter vollzieht. Der Weg, der hier eingeschlagen wurde, ist trotz des gewaltigen Aderlasses an industriellen Arbeitsplätzen, der durch modernisierte Produktionsverfahren und den notwendigen Kapazitätsabbau und Subventionen bedingt ist, richtig: Nur die ständige Modernisierung und Neuentwicklung der Produkte kann bei kostengünstigen Verfahren die Marktanteile der bestehenden heimischen Unternehmen sichern. Nischen-Mentalität führt dagegen zum sicheren Untergang.

Doch der dadurch auftretende Beschäftigungsverlust muß ausgeglichen werden. Es ist eine große Leistung des Reviers, daß trotz Massenarbeitslosigkeit und stagnierender Wachstumsraten die Kapazitätsanpassung von Stahl und Bergbau auf nordrhein-westfälische Art und Weise sozial verträglich gestaltet werden konnte. Die Annahme der strukturellen Herausforderungen durch die Ruhrgebietswirtschaft hingegen zeigt, daß sich die Region auch der noch größeren Aufgabe stellt, die regionalen Arbeitsplatzverluste wieder auszugleichen. Nur so kann das Revier, können die einzelnen Kommunen, kann das ganze Land die Zukunft gewinnen.

Selbstverständlich fällt uns allen die Lösung dieser Aufgabe um so leichter, je günstiger die Rahmenbedingungen sind. Willi Lamberts vom RWI hat ja ganz recht, wenn er in diesen Wochen besonders deutlich auf die starken Wechselkursabhängigkeiten gerade der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hinweist.

Nordrhein-Westfalen hat seinen festen Platz auf dem Weltmarkt, auf Veränderungen des internationalen Währungsgefüges reagieren unsere überproportional stark exportorientierten Unternehmen besonders sensibel.

Deshalb ist es ja so wichtig, daß die Bundesrepublik ihren konjunktur- und industriepolitischen Gestaltungsraum auf internationaler Ebene, sei es in der EG, sei es im Rahmen der Weltwirtschaftsgipfel, sei es im Rahmen der OECD in vollem Umfang nutzt. Deshalb ist es ja so wichtig, daß entscheidende sektorale Binnenmarktfaktoren – etwa der Automobilbereich – zur konjunkturellen Absicherung des strukturellen Anpassungsprozesses durch rasche, klare und konsequente Rahmensetzungen des Bundes voll genutzt werden können.

Kein neues Ruhrprogramm

Doch diese Rahmenbedingungen nutzen wenig, wenn sie nicht landesweit zur Forcierung des strukturellen Wandels genutzt werden. Deshalb gilt unabhängig vom Dollarkurs und unabhängig von der jeweiligen wirtschaftspolitischen Gestaltungskraft des Bundes für die Wirtschaft in allen Regionen des Landes die ständige Aufforderung, die hier vorhandenen Ressourcen und Chancen zur permanenten Modernisierung vorhandener und zur möglichst breiten Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren umfassend zu nutzen.

Dies geht nur in einem vernünftigen Miteinander von Unternehmen, Arbeitnehmern und kommunaler Selbstverwaltung. Und dies geht nur in einem vernünftigen Miteinander der Regionen in unserem Land. Wer die wechselseitigen Verbindungen und Abhängigkeiten der Arbeitsmarktreionen im Revier untereinander vernachlässigt, oder wer gerade in dieser Phase längst

überwunden geglaubte Rivalitäten zwischen Ruhrgebiet und dem restlichen Nordrhein-Westfalen wieder aufleben läßt, der erweist der Regionalwirtschaft in allen Landesteilen einen Bärendienst. Es kann heute nicht mehr darum gehen, mit ähnlich dotierten Nachfolgemeasures einer Neuauflage des Ruhrprogramms das Wort zu reden, in der Hoffnung, daß die nordrhein-westfälische Wirtschaft außerhalb des Ruhrgebietes schon von der Stärkung der Ruhrgebietswirtschaft profitieren werde. Auch kann es nicht angehen, zugunsten neu zu schaffender Wachstumspole, z. B. an der Rheinschiene, das Revier ausschließlich sich selbst zu überlassen. Wer dies fordert, der verkennt fahrlässig die Bedeutung, die den inter- und intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen – auch zu den Wirtschaftsschwerpunkten anderer Bundesländer – neben der traditionellen Weltmarktorientierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft mittlerweile zugewachsen ist.

Statt dessen muß es darum gehen, die eigenen Standortfaktoren und die eigene Gestaltungskraft mit dem wirtschaftlichen Leistungsvermögen des jeweiligen Umlandes zu verknüpfen und optimal zu nutzen. Was wären beispielsweise Stahl, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau in den Ballungszentren ohne die technisch hochentwickelte Zulieferer- und Verarbeitungsindustrie in den Ballungsrandzonen des Bergischen Landes, des Saueroder des Siegerlandes?

Landesweite Technologieförderung

Mit der landesweiten Ausrichtung ihrer Technologieförderung hat die Landesregierung diesen Voraussetzungen Rechnung getragen. Dies gilt für das vor allem für die kleineren und mittleren Unternehmen gedachte Technologieprogramm

Wirtschaft, mit dem bei einer Landesförderung von knapp 400 Mill. DM in den letzten Jahren über 500 Innovationsprojekte landesweit auf den Weg gebracht wurden. Dies wird in gleicher Weise auch für das Programm Zukunftstechnologien gelten, wie es ja auch Bestandteil unserer Förderung von Technologieparks ist.

Wenn sich Wirtschaft und Kommunen des Ruhrgebietes heute darauf verständigen, die Potentiale der in den letzten Monaten entstandenen örtlichen Technologieparks in enger Zusammenarbeit mit den Ruhrgebietshochschulen in der Technologiestraße Ruhr zu bündeln, so werte ich dies als umfassende Bestätigung unseres dezentralen Vor-Ort-Prinzips gerade in der Technologieförderung. Angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel konnte diese Ausrichtung der Technologiepolitik des Landes bislang allenfalls nur Anstöße vermitteln, Anstöße aber, von denen ich meine, daß sie schon einiges in Bewegung gebracht haben. Anstöße, die bei einer angemessenen Finanzausstattung Nordrhein-Westfalens im Länderfinanzausgleich und bei einer angemessenen Wahrnehmung der Verantwortung für wirtschaftlich-industrielle Kernzonen durch die Bundesregierung we-

sentlich kräftiger hätten ausfallen können.

Auch vor diesem Hintergrund begrüßt die Landesregierung alle Bestrebungen der Wirtschaft, diesen Prozeß eigenverantwortlich zu verstärken. Hier sind wir für alle Anregungen offen, wie ich auch meine, daß wir generell im konstruktiven Dialog über einen möglichst effektiven Einsatz der nur begrenzt vorhandenen Wirtschaftsförderungsmittel zum Nutzen aller diskutieren müssen. Diese Aufgabe stellt sich um so stärker, als die Zeit der großen Neuansiedlungen wohl auch auf mittlere Sicht nicht wiederkehren wird. Wenn wir dies konstatieren, dann kommen wir nicht darum herum, alle Gestaltungskräfte, über die wir selbst verfügen können, für eine noch weitergehende Forcierung des binnenwirtschaftlichen Wandels zu gewinnen.

Die mittelständischen Unternehmen haben sich ja bereits mit „Zenit“ ihr Innovations-Forum in Mülheim geschaffen. Es ist nur konsequent, wenn sich nun auch die anderen Unternehmen zur weiteren wirtschaftlichen Stärkung der Region und des gesamten Landes zusammenfinden. Hier eröffnet sich auch den Banken und Sparkassen, die sich in und mit den Regionen entwickeln, ein vielfältiges Betäti-

gungsfeld. Die Westdeutsche Landesbank hat durch ihre Mitwirkung bei „Zenit“ bereits dokumentiert, daß die Förderung des wirtschaftlichen Wandels in Nordrhein-Westfalen vom öffentlich-rechtlichen Kreditwesen als elementare Zukunftsaufgabe verstanden wird. Gerade die Hilfe der regionalen Kreditwirtschaft – ich verweise nur auf die Beispiele Siegen und Aachen – ist für mit einem größeren Risiko behaftete innovative Neugründungen innerhalb der Regionen eine elementare Voraussetzung, die zusätzlichen Rückhalt durch Politik und Wirtschaft verdient.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben uns darauf eingestellt, den wirtschaftlichen Wandel maßgeblich mit eigenen Kräften mitzugestalten. Die Strukturanalysen zeigen seit 1981, daß wir im nationalen und internationalen Vergleich Boden wettgemacht haben. Wir fordern von der Bundesregierung keine pauschalen Subventionen oder Entschädigungen – wie es auch nicht im Interesse der Landesregierung liegen kann, zusätzliche Subventionen zu gewähren oder neue Subventionsbürokratien ins Leben zu rufen. Doch wir fordern eine angemessene Ausstattung des wirtschaftlich-industriellen Kernlandes der Bundesrepublik.

Christa Thoben

Die Offensive der Kammern ist zu begrüßen

Jeder, der eine Wirtschaftspolitik für eine Region formuliert, wird auf heftige Kritik aus anderen Regionen stoßen. Er wird sich deshalb die grundsätzliche Frage gefallen lassen müssen, ob denn überhaupt Wirtschaftspolitik so kleinräumig erfolgen kann und sollte.

Eine Vollversammlung der sechs Industrie- und Handelskammern des Industriegebietes hat gemeinsame Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet verabschiedet. Diese gemeinsame Aktion als solche beinhaltet bereits eine deutliche Kritik an der bisheri-

gen Politik des Landes. Dies ist um so bemerkenswerter, als ausweislich der Landeshaushalte und der Sonderveröffentlichungen über das sogenannte „Aktionsprogramm Ruhr“ rund 7 Mrd. DM in den letzten fünf Jahren zugunsten dieser Region aufgewendet worden sind.

Geld ausgeben allein – selbst in großen Mengen – ist demnach keine hinreichende Gewähr dafür, daß Strukturprobleme überwunden werden.

Die Kammern haben aufgrund dieser Erfahrung ihre Vorstellungen angesichts der anhaltenden Strukturprobleme in diesem Raum formuliert und sind mit einer Reihe von Forderungen an die Politik herangetreten. Diese gilt es auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen. Ich möchte noch einmal betonen, daß schon allein die Tatsache der gemeinsamen Vollversammlung, das öffentliche Bekenntnis zur Selbsthilfe, zum Mittun und zur Verantwortung für die Zukunft des Ruhrgebietes und die dort lebenden Menschen ein meines Wissens bundesweit einmaliger und begrüßenswerter Vorgang ist. Hier wird deutlich, daß in der Region aus eigener Kraft etwas passiert.

Gewaltiger Anpassungsbedarf

Alle sogenannten alten Industriegebiete, die jahrzehntelang von Kohle und Stahl sehr gut leben konnten, leiden seit vielen Jahren unter den Anpassungsproblemen dieser Industrien. Allen dort tätigen Menschen – gleichgültig in welcher Funktion sie beschäftigt sind – ist durch diesen Strukturwandel bereits sehr viel abverlangt worden. Auch heute noch hat das Ruhrgebiet einen gewaltigen Bedarf an Erneuerung und Umstrukturierung. Auf der anderen Seite verfügt es über ein hervorragendes Standortpotential in Form einer günstigen Lage, einer im großen und ganzen guten Infrastruktur, eines Kundenpotentials von über 5 Mill. Menschen, eines Energiezentrums ersten Ranges usw. Dennoch lassen sich auch weniger günstige Charakteristika für die Wirtschaft dieses Raumes nennen: Gemengelagen, Flächenengpässe und Altlasten so-

wie eine bemerkenswert starke Konzentration von Branchen, die die Umwelt erheblich beanspruchen.

Und dennoch, das Ruhrgebiet ist und bleibt ebenso wie andere geographisch, politisch und historisch abgegrenzte Regionen der Bundesrepublik ein Teil des wirtschaftlichen Ganzen und ist infolgedessen gleichermaßen abhängig von den gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Entwicklungsbedingungen, aber auch den Hemmnissen. Das Ruhrgebiet befindet sich überdies durchaus in einer vergleichbaren Situation wie die meisten anderen Verdichtungsräume des Bundesgebietes. Aufgrund seiner speziellen Branchenmischung ist es allerdings besonders stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt; der Anteil des Staatssektors und der Branchen, die sich dem nationalen Wettbewerb unterwerfen müssen, ist im Vergleich zu anderen Räumen geringer. Verstärkt wird diese außenwirtschaftliche Ausrichtung noch durch die über Jahre niedrigen Investitionen für den Erweiterungsbedarf, die aufgrund der Produktionsstruktur in diesem Raum stärker durchschlugen als in anderen Regionen (Stichwort: Konjunkturanfälligkeit).

Notwendige Korrekturen

Aus all diesen Gründen kann es eine Therapie mit Aussicht auf Erfolg, die nur auf diesen Raum zugeschnitten ist, nicht geben. Die generell geltenden Rahmenbedingungen verschärfen sich in ihren entwicklungshemmenden Teilen allerdings im Ruhrgebiet. Von daher sind eine Reihe von Vorschlägen, die die Ruhrkammern zur Gesundung des Reviers machen, zwar mit Blick auf das Ruhrgebiet formuliert, für die Wirtschaftspolitik des Landes – und des Bundes – jedoch als generelle Hinweise auf notwendige Korrekturen zu verstehen.

Dies gilt z. B. für die Forderung, nicht länger auf eine Politik der Strukturkonservierung zu setzen und in Richtung einer Besitzstandserhaltung zu operieren. Die Kammern fordern in diesem Zusammenhang von der Politik zu Recht, daß sie stärker als bisher das Bewußtsein für die Notwendigkeiten des strukturellen Wandels schärfen muß. Auch und gerade für das Ruhrgebiet wird es auf diese politische Meinungsführerschaft erheblich ankommen. Wenn ein führendes Mitglied der IG Metall in diesem Zusammenhang davon spricht, daß verfestigte Machtstrukturen im Revier – zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik – dem Erneuerungsprozeß im Wege stehen, dann wird „das Gebirge von Besitzständen“ deutlich, das es zu überwinden gilt.

Vor diesem Hintergrund an Erfahrung müßte sich die von den Kammern vorgeschlagene institutionalisierte Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft erheblich von den Traditionen dieses Raumes entfernen, wenn sie die unbestreitbar wichtige Leistung der Umstrukturierung sinnvoll fördern will. Die Kammern machen dazu drei Vorschläge: Die Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebiets, finanziert aus Mitteln der Wirtschaft; den Ausbau der Technologiestraße Ruhr; und eine dazugehörige begleitende öffentliche Rahmenkonzeption.

Bewertung der Vorschläge

Die Bereitschaft der Wirtschaft, ein eigenes finanzielles Engagement in einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebiets einzugehen, ist zu begrüßen, unterstreicht sie doch den Willen zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Es wird sich zeigen, ob die von den Kammern vorgeschlagene Aufgabenstellung dieser Gesellschaft

tatsächlich so weit gehen kann, wie die Kammern sie definieren. Für Teile dieser Aufgaben bestehen jetzt schon teils private, teils staatliche Einrichtungen, die mit in die Überlegungen einbezogen werden müßten. Dies gilt vor allem für eine der Aufgaben der Gesellschaft, nämlich künftig als Ankäufer bebauter und unbebauter Industriegrundstücke tätig zu werden, wobei den Kammern eine Art Rückkaufgarantie durch das Land und/oder die Gemeinden vorschwebt, falls die von der Gesellschaft erworbenen Grundstücke nach drei Jahren nicht wieder verkauft worden sind. Eine derartige Rückversicherung wird selbstverständlich jede Gesellschaft begrüßen. Damit würde jedoch eine wesentliche marktwirtschaftliche Barriere gegen das unbeschränkte Aufkaufen solcher Grundstücke durch die Gesellschaft wegfallen.

Regionale Wirtschaftsförderung

Der zweite Schwerpunkt der Vorschläge bezieht sich auf den Auf- und Ausbau der Technologiestraße Ruhr. Es gibt im Ruhrgebiet einen beachtlichen Bestand an High-Tech-Betrieben, an Forschungs- und Universitätseinrichtungen, an anwendungsorientierten Technologieaktivitäten usw. Dies ist durch die Offensive der Kammern zum Nutzen des Ruhrgebietes verstärkt in das öffentliche Bewußtsein gerückt worden. Da sich die Wirtschaftsförderungspolitik längst vom traditionellen Gebiet der regionalen Wirtschaftsförderung entfernt und schwerpunktmäßig auf Forschung, Entwicklung und Technologietransfer verlagert hat, beinhaltet dieser Einzelvorschlag der Kammern eine durchaus sinnvolle Anregung zur Ausgestaltung solch einer Politik. Die Ruhrgebietskammern fordern all diese Maßnahmen zugunsten des Reviers. Auch die CDU hat den

Aufbau und die Unterstützung regionaler Kraftfelder auch und gerade durch Schwerpunktbildung an Fachhochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie durch Erleichterung des Wissens- und Personalaustausches zu einem zentralen Punkt ihrer Vorstellungen zur wirtschaftlichen Erneuerung in allen Teilen des Landes gemacht.

Die in dem Kammervorschlag enthaltene Anregung, die „Technologiestraße Ruhr“ durch Elemente eines Freizonen-Konzeptes zu verstärken, kann als Hinweis gewertet werden, daß die Kammern eine Entbürokratisierung und Deregulierung für sinnvoll halten. Da der Widerstand gegen derartige „Flexibilisierungsmaßnahmen“ hoch ist, könnten regionale Versuche einen Beitrag leisten, den Weg in Richtung auf weniger Bürokratie und Vorschriften im gesamten Bundesgebiet einzuleiten. Insbesondere im Ballungsgebiet Ruhr böten sich geeignete Teilräume an, um z. B. marktwirtschaftliche Lösungen von Umweltschutzproblemen bis hin zu Zertifikatsmodellen in der Praxis zu erproben.

Als dritter Schwerpunkt verbirgt sich unter der Überschrift Ruhrgebiets-spezifische öffentliche Rahmenkonzeption eine ganze Anzahl finanzieller Forderungen der Ruhrgebietskammern an die öffentliche Hand. Ohne Zweifel würden derartige Sonderhilfen für die Wirtschaft des Raumes bei den Betroffenen auf Gegenliebe stoßen. Sie würden allerdings auch den ohnehin stark strapazierten Haushalt des Landes belasten. Für eine unternehmensbezogene regionale Wirtschaftspolitik gibt es jedoch bisher keine überzeugende ökonomische Begründung. Wie problematisch z. B. bereits die bisherige Art der regionalen Wirtschaftsförderung zu beurteilen ist, wird nicht nur aus dem letzten

Gutachten des Sachverständigenrates deutlich, sondern auch aus der bundesweit immer lauter werdenden Kritik an diesem Wirtschaftsförderungsinstrument.

Sieht man von dem Wunsch der Ruhrgebietskammern ab, eine Reihe von Fördermaßnahmen speziell auf dieses Gebiet zuzuschneiden, und beurteilt man dagegen die Zwecke, für die die Kammern Vorkehrungen der Wirtschaftspolitik anregen, so fällt die Beurteilung weitaus positiver aus. Die Kammern betonen zu Recht das Problem der Altlasten insbesondere in Ballungsgebieten und erwarten dafür Maßnahmen zur Bodenmobilisierung und Beherrschung der Vorbelastungen. Sie fordern außerdem zu Recht, daß die Politik sich verstärkt um Lösungsansätze für notwendige Betriebsverlagerungen kümmert, die von den Betrieben zum Großteil nicht zu verantworten sind. Dabei muß es auch um eine finanzielle Erleichterung bei notwendigen Verlagerungen gehen.

Wirtschaftspolitische Aufgaben

Mindestens ebenso wichtig – wenn nicht bedeutsamer – ist eine Korrektur und Fortentwicklung im Planungs- und Umweltrecht. Die dazu vorgeschlagenen Gesetzes-Verordnungsänderungen verdienen Unterstützung. Dies gilt gerade auch für die Einführung stärkerer marktwirtschaftlicher Anreize in die Umweltschutzpolitik. Wie bereits zuvor erwähnt, könnten auf diesem Gebiet Pilotprojekte helfen, bestehende Bedenken und Schwierigkeiten im praktischen Vollzug zu erkennen und auszuräumen. Gerade in Ballungsgebieten zeigt sich, daß eine Umweltschutzpolitik, die sich nur auf Gebote und Verbote beschränkt, sehr schnell an ihre Grenzen stößt und zudem häufig keine

”Per SALdo eine sehr ausgewogene Entscheidung”, lobte der Chef die Herren vom Versand über alle Gebühren.



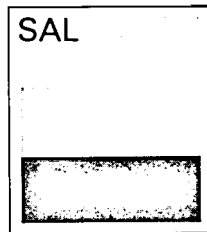
Luftpostpaket, 10 kg:
 Laufzeit*): ca. 2 Tage
 Gebühren: DM 229,40



SAL-Paket, 10 kg:
 Laufzeit*): ca. 6 Tage
 Gebühren: DM 114,40



Seewegpaket, 10 kg:
 Laufzeit*): ca. 40 Tage
 Gebühren: DM 30,10



Das SAL-Paket nach Übersee ist das Postpaket mit den kombinierten Vorteilen: Preiswerter als das Luftpostpaket und schneller als das Seewegpaket. Zwischen den Kontinenten wird es mit dem Flugzeug befördert, hier bei uns und in Übersee auf Straße und/oder Schiene. Per SALdo ist es der geldrichtige Mittelweg in 17 Län-

der: Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, Kenia, Namibia, Philippinen, Singapur, Südafrika, Tansania, Venezuela, USA. Weitere Länder folgen.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser

Kundenberater, den Sie im Telefonbuch unter Post finden.



*) Laufzeit vom deutschen zum australischen Auswechslungsamt

Möglichkeiten eröffnet, in einem vorbelasteten Raum etwas Neues zu beginnen.

Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch anderswo trägt die Landeswirtschaftspolitik im wesentlichen interventionistischen Charakter. Es reicht aber nicht mehr aus, wenn als Instrument für eine aktive Wirtschaftsförderung nur die Vergabe von Subventionen zur Verfügung steht. Wenn angesichts dieses Tatbestandes die Ruhrgebiets-

kammern eine steuerliche Sonderbehandlung sämtlicher Investitionen fordern, dann wäre zu prüfen, inwieweit eine derartige Forderung sich mit dem gleichzeitigen Wunsch nach Subventionsabbau so kombinieren läßt, daß am Ende die von allen gewünschte und politisch unverzichtbare Steuervereinfachung und -erleichterung steht.

Jede Region eines Landes hat ihre Besonderheiten. Ihr erwachsen daraus Chancen, aber auch Risi-

ken. Den Ruhrgebietskammern ist es mit ihrer Offensive gelungen, regionale Besonderheiten zu betonen und die generell wirkenden Rahmenbedingungen anhand der Region Ruhrgebiet zu verdeutlichen. Aufgabe der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen wird es sein, die sichtbar werdenden Entwicklungshemmnisse, die das Ausschöpfen vorhandener Entwicklungspotentiale beeinträchtigen, abzubauen und zu überwinden.

Paul Klemmer

Die Ursachen- und Zieladäquatheit der Vorschläge

Auf ihrer gemeinsamen Vollversammlung haben die Ruhrgebietskammern am 22. Januar 1985 Vorschläge zur Überwindung jener Probleme gemacht, die sich in dem von ihnen betreuten industriellen Verdichtungsraum vor allem in Form von hoher Arbeitslosigkeit und Wanderungsverlusten bemerkbar machen.

Will man die Vorschläge einer kritischen Würdigung unterziehen, muß man sie vor allem auf ihre Ursachen- und Zieladäquatheit hin überprüfen. Dies macht es erforderlich, kurz auf die wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Probleme des Ruhrgebiets einzugehen.

Beachtliche Anpassungsinflexibilität

Diese können als Folge einer beachtlichen Anpassungsinflexibilität der Wirtschaftsstruktur interpretiert werden. Mit anderen Worten: Die Anpassung der Wirtschaftsstruktur an geänderte gesamtwirtschaftliche Daten erfolgt in diesem Raum primär über den Weg der passiven Sanierung (hier verstanden als Schrumpfen wachstumsdefizitärer Sektoren ohne gleichzeitiges Ex-

pandieren wachstumsbegünstigter Branchen). Diese Anpassungsinflexibilität steht im Widerspruch zu dem in der Regionalforschung verbreiteten Bild, gemäß dem vor allem die Ballungs- und Verdichtungsräume Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sind. Zumindest wird in der Regel davon ausgegangen, daß aufgrund der in Ballungsräumen auftretenden Agglomerationsvorteile dort überdurchschnittlich viele Produkt- und Verfahrensinnovationen erwartet werden können, die sich in Unternehmensneugründungen und Erweiterungsinvestitionen niederschlagen. Hinter dieser Überlegung steht die Hypothese, daß die regionalwirtschaftliche Entwicklung vor allem von der Kommunikationsdichte, die ihrerseits vom Urbanisierungsgrad abhängig ist, bestimmt wird. Der Prozeß der Innovationsentstehung und -übertragung muß sich hierbei nicht nur in Form von Unternehmensneugründungen abspielen, sondern kann auch unternehmensintern erfolgen.

Gemessen an diesem idealtypischen Ablaufbild raumwirtschaftlicher Entwicklung verhält sich das

Ruhrgebiet jedoch nicht theoriekonform. Die Gründe hierfür sind regionsexterner und -interner Natur.

Regionsexterne Anpassungsschranken

Die regionsexternen Barrieren betreffen vor allem

- die Strukturzementierungseffekte einer primär auf Strukturerehaltung ausgerichteten nationalen und supranationalen Sektoralpolitik sowie
- die investitionsmindernde Wirkung einer spezifischen Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenordnung der Gesamtwirtschaft.

Was die erste Teilbarriere betrifft, so machen gerade die Strukturberichte der großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf ein beachtlich anwachsendes Subventionsvolumen sowie auf eine hohe sektorale Konzentration dieser Mittel aufmerksam. Hierbei zeigt sich, daß vor allem wachstumsschwache Bereiche begünstigt wurden und insgesamt die Strukturerehaltungseffekte dominierten. Kommt es daher, wie dies im Ruhrgebiet der Fall ist, zu einer regionalen Konzentra-

tion wachstumsdefizitärer Bereiche, entsteht bei einer derartigen erhaltungsorientierten Strukturpolitik zwangsläufig auch ein regionaler Strukturzementierungseffekt. Dies wird noch durch eine am Prinzip der betrieblichen und regionalen „Opfergleichheit“ orientierte Politik des Abbaus von Produktionskapazitäten, die die Entfaltung noch vorhandener sektoraler Entwicklungspotentiale zu blockieren vermag, verstärkt.

Nicht auszuschließen ist weiter, daß die hinausgezögerten energiepolitischen Entscheidungen einen Investitionsstau im Kraftwerksbereich ausgelöst haben, der Regionen wie das Ruhrgebiet, in denen der Großanlagenbau dominiert, überproportional hart traf. Daneben gilt auch, daß sich die vom Ruhrgebiet zu erfüllende Kohlevorrangpolitik nicht nur, wie vielfach angenommen wird, mit Vorteilen verbindet, sondern teilweise auch eine Hypothek darstellt, da sie (etwa über die Kohlehalden) Flächen bindet und sie damit einer alternativen Nutzung entzieht.

Die rechtliche Rahmenordnung entfaltet eine investitionshemmende Wirkung, wenn sie in hochverdichteten Industriegebieten notwendige Investitionen unterbindet, hinauszögert bzw. das Investitionsrisiko erhöht und damit den überfälligen Prozeß der aktiven Sanierung bremst. Dies ist der Fall,

- wenn pauschale Vorschriften (etwa des Bundesbaugesetzes und der Baunutzungsverordnung) Höchstgrößen, Höchstbreiten, Höchsttiefen und Überbauungsquoten von Grundstücken festlegen, die eine grundlegende Änderung der überkommenen Bausubstanz bzw. eine flächensparende Nutzung der Grundstücke erschweren und die Unternehmen häufig veranlassen, zunächst die Vorteile

eines ökonomisch fragwürdigen Bestandsschutzes auszuschöpfen,

- wenn bei der Errichtung größerer Anlagen (z. B. Kraftwerke) außerhalb der Baugebiete in der Regel eine zeitaufwendige Klärung der vom Vorhaben berührten überörtlichen Belange ansteht und/oder
- wenn aufgrund der vielfach unbestimmten Rechtsbegriffe sowie der in Verdichtungsgebieten anzutreffenden Nutzungskonflikte das Betreiben genehmigter Anlagen sich mit der Gefahr richterlich erzwungener nachträglicher Anordnungen verbindet.

Regionsinterne Flexibilitätsbarrieren

Neben diese regionsexternen treten regionsintern begründete Flexibilitätsbarrieren. Sie betreffen im Ruhrgebiet

- eine im Vergleich zu anderen Ballungs- und Verdichtungsgebieten spezifische Flächenengpaßproblematik,
- einen den strukturellen Anpassungsprozeß mindernden Attentismus der Großunternehmen und Gebietskörperschaften,
- eine (häufig unbewußte) Vernachlässigung kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie
- eine einseitige Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials bzw. eine im Vergleich zur Qualifikation überdurchschnittlich gute Entlohnung der Arbeitskräfte.

Die Nutzung bzw. Wiedernutzung von Flächen für gewerbliche Zwecke wird vielfach

- durch eine ausgeprägte Gemengelagesituation (enges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten) und dem sich hieraus ergebenden siedlungsstrukturellen Flurbereinigungsbedarf,
- durch eine fehlende planungs-

rechtliche Aufbereitung der verfügbaren Grundstücke sowie vor allem

- durch die sogenannte Altlastenproblematik

erschwert. Die Gemengelagesituation schafft einen beachtlichen intraregionalen Umsiedlungsbedarf, der häufig kleine und mittlere Unternehmen finanziell überfordert. Die fehlende planungsrechtliche Aufbereitung blockiert häufig die gewerbliche Wiedernutzung und führt vor allem zu einem Defizit an sogenannten GI-Gebieten (nutzbar für immissionsträchtige Betriebe). Die Altlasten (Industriebrachen, Kontaminationen des Bodens durch wilde Deponien usw.) verlangen eine teure Wiederaufbereitung ehemals schwerindustriell genutzter Flächen, die, da die ehemaligen „Nutzer“ juristisch vielfach nicht mehr greifbar sind, zumeist zu Lasten der Gemeinden geht.

Unverkennbar ist weiter, daß die bei vielen Ruhrgebietssektoren traditionell vorherrschende starke Abhängigkeit der Produktion von der staatlichen Nachfrage, der häufig gewährte Handelsschutz bzw. die vielfach geleisteten Subventionen das Klima eines Attentismus begünstigt haben. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Kommunen zeigten darum relativ lange eine ausgeprägte Neigung, ihre überkommenen Strukturen zu konservieren. Das führte indirekt auch zu einer Vernachlässigung kleiner und mittlerer Unternehmen, die arbeitsmarktpolitisch von geringerer Bedeutung zu sein schienen und häufig nur als Vorlieferanten der wenigen Großbetriebe in Erscheinung traten.

Auffallend ist auch, daß die im Ruhrgebiet dominierenden Sektoren und Großbetriebe spezifische Qualifikationsprofile bei den Arbeitskräften entstehen ließen, die – gemessen an den klassischen Qua-

likationsmerkmalen (etwa den Bildungszertifikaten und Bildungsabschlüssen) – eher auf ein unterdurchschnittlich gut entwickeltes Humankapital hinweisen. Die schwerindustrielle Tätigkeit begünstigte hierbei eine im Vergleich zur Qualifikation vorzügliche Entlohnung der Beschäftigten, was die Mobilität der Arbeitskräfte minderte und ansiedlungswillige Unternehmer häufig abschreckte.

Bewertung der Vorschläge

Vor dem Hintergrund dieser groben Ursachenanalyse der Ruhrgebietsprobleme kann man in eine Bewertung der Kammervorschläge eintreten. Hierbei ist zunächst einmal sehr positiv zu werten, daß die Vorschläge Ausdruck einer Eigeninitiative sind. Belegen sie doch, daß die Wirtschaft selbst in die Diskussionsdiskussion einsteigt und Vorschläge unterbreitet, die nicht einfach nur auf die Forderung nach Aufstockung der Subventionen zugunsten des Ruhrgebiets hinauslaufen. Vielmehr kommt eindeutig eine Bereitschaft zur Eigenleistung zum Vorschein. Dies schlägt sich vor allem im Gedanken der Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebiets, die mit Mitteln der Wirtschaft selbst finanziert werden soll, nieder.

Läßt man einmal außer acht, daß die Fragen nach dem Mittelvolumen und der Organisation dieser Gesellschaft noch weitgehend unbeantwortet bleiben, interessiert vor allem die angestrebte Mittelverwendung. Hierbei fällt auf, daß die Vorschläge vor allem in Richtung auf eine Bodenmobilisierungspolitik hinauslaufen. Insbesondere will man die eingebrachten Mittel für den Erwerb von Altgrundstücken und damit für das sogenannte Flächenrecycling verwenden.

Angesichts der Tatsache, daß eine Neuerschließung von Flächen

für die gewerbliche Nutzung wegen der bereits erreichten Siedlungsdichte im Ruhrgebiet nur noch begrenzt in Frage kommt, handelt es sich somit um einen in sich sehr sinnvollen Vorschlag. Hierbei könnte man jedoch noch stärker herausstellen, daß die Mittel nicht nur dem Erwerb, sondern vor allem auch der Bewältigung des Altlastenproblems dienen sollen. Damit würde noch deutlicher werden, daß sich die Ruhrwirtschaft als eine Art Haftungsgesellschaft versteht, die sich vor allem dort, wo die ehemaligen Nutzer juristisch nicht mehr greifbar sind, für die Lösung des Altlastenproblems mitverantwortlich fühlt.

Im Vergleich zum Vorschlag der Gründung einer aus Mitteln der Ruhrwirtschaft selbst finanzierten Entwicklungs- und Bodenmobilisierungsgesellschaft bleibt der zweite Ansatzpunkt, nämlich der Auf- und Ausbau einer Technologiestraße Ruhr und einer Humankapitalaufstockung blasser. Konkretisierend wird nämlich nur auf die bereits seit kurzer Zeit bestehende Technologieberatungsstelle Ruhr (tbr), die Idee eines noch zu schaffenden Venture-Capital-Fonds Ruhrgebiet und den Ausbau von Technologiezentren hingewiesen.

Statt der Technologiezentren sollte man hier das eigentlich schon recht erfolgreich arbeitende Modell der Technologieberatungsstellen weiterverfolgen und insbesondere prüfen, wie man das weltweite Vertriebssystem der bereits bestehenden Großunternehmen zur Bewältigung der Markt- und Absatzprobleme der ebenfalls ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen nutzbar machen kann. Will man nämlich einen entscheidenden Arbeitsmarkteffekt erzielen, ist man besser beraten, auf eine Stärkung der vorhandenen Betriebe und weniger auf eine eher dem Image dienende Gründungswelle zu setzen.

Noch vager sind die Überlegungen zur Schaffung eines umfassenden und differenzierten Angebots beruflicher Aus- und Weiterbildung. Sollen etwa die Mittel der zu gründenden Ruhrgebietsgesellschaft für die Schaffung oder Anmietung neuer Ausbildungsplätze verwendet werden? Möchte man die Ausbildungsstätten der Großbetriebe auch für Betriebsexterne nutzen oder sogar neue Einrichtungen für die berufliche Weiterbildung schaffen? Welche Bildungsinhalte sollen hierbei im Vordergrund stehen, und wer sollen die Träger der Einrichtungen sein? Ohne die Beantwortung dieser Fragen läßt sich das Konzept, das auf eine Verbesserung des Humankapitals abzielt, nicht abschließend bewerten. Außerdem ist nicht gewährleistet, daß das so geschaffene Humankapital im Ruhrgebiet verbleiben wird.

Konkreter ist wiederum der dritte Forderungskomplex, der eine Ruhrgebiets-spezifische öffentliche Rahmenkonzeption zum Inhalt hat. Er weist recht zahlreiche Detailvorschläge auf, die von einer Korrektur bestimmter Rechtsvorschriften (insbesondere im Bereich des Umweltschutzes) bis hin zur Umschichtung von Förderprogrammen bzw. zu neuen Subventionen reichen. Hier hätte man, wie das auch häufiger in früheren Stellungnahmen der Ruhrgebietskammern geschah, durchaus noch mehr den Abbau der rechtlichen Flexibilitätsbarrieren betonen sollen. Wäre dies doch ein Ansatzpunkt, der als „Regionalpolitik ohne Geld“ bezeichnet werden kann und der auch anderen Verdichtungsräumen bei der Bewältigung ihrer strukturellen Anpassungsprozesse helfen würde. Hierzu gibt vor allem auch die gegenwärtige Novellierungsdiskussion des Baurechts bzw. des Bundesimmismissionsschutzgesetzes genügend Anlaß.